

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	09.06.00

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, dem 16.05.00

Anwesend unter dem Vorsitz von Herrn Stv. Kühme waren

die stimmberechtigten Mitglieder

von der CDU

Herr Stv. Ellinghaus
Herr Stv. Geisendörfer
Herr Gerlach

von der SPD

Frau Stv. Güster
Frau Stv. Winkels-Haupt
Herr Stv. Mucke
Herr Stv. Ramette

von der F.D.P.

Frau Panetta-Jung

vom Caritasverband

Herr Arens (bis 18.25 Uhr, TOP 14)

**von der Diakonie Elberfeld bzw. vom
Diakonischen Werk Barmen**

Herr Pfr. Blind (bis 17.42 Uhr, TOP 6)
Frau Pfr. Schäning (ab 17.42 Uhr)

von der Arbeiterwohlfahrt

Frau Dudda-Dillbohner

die beratenden Mitglieder

Frau Bill (Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)
Frau Fouxman (Jüdische Kultusgem.)
bis 16.47 Uhr, einschl. TOP 2
Frau Richling (sachkundige Bürgerin)
Frau Sauter-Glücklich (Jugendgericht)
Frau Wendt (sachkundige Bürgerin)
Herr Bahr (DPWV)
Herr Keip (Kath. Kirche)
Herr Kumpf (Evang. Kirche) bis 17.41 Uhr, TOP 6
Herr Mann (Ausländerbeirat)
Herr Beig. Wilts
Herr Lenz (R. Jugendamt & Soz. Dienste)

Vertreter/innen des Bezirksjugendräte

Jessica Naumann
Peter Kortas

von der Verwaltung

Frau Krentz (R. 201.0)
Frau Schmidt (R. 201 - Jugendhilfepf.)
Herr Weidenbruch (SB 202)
Herr Mast-Weisz (SB 208)
Herr Krieg (SB 208)
Frau Ortkras (SB 207.3 - Familienbildg.-Stätte)

von der Presse

Frau Roßkothen (Westdeutsche Zeitung)

vom Jugendring

Frau Füssel
Herr Schwarz
Herr Simon

Sitzungsort: Verwaltungshaus Elberfeld
Neumarkt 10 (Sitzungssaal)

Sitzungsbeginn: 16.05 Uhr

Sitzungsende: 18.37 Uhr

Schriftführer: Herr Korte

Besucher: 46

Korrektur zur Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.00

S. 2, TOP 1, 3. Absatz – Vorstellung der Einrichtung der Jugendeinrichtung Sonntagstr.

Die Einrichtung wird nur von 4 statt 6 hauptamtlichen Kräften geführt (2 Vollzeit- und 2 Teilzeitkräfte).

I. Öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er schlägt vor, für die Haushaltsplanberatungen und die Verabschiedung der Wahlordnung zur Neuwahl der Bezirksjugendräte eine Sondersitzung zu vereinbaren.

Zum Tagesordnungspunkt 5 (Haushaltsplanberatungen) sind vor der Sitzung zwei Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgelegt worden.

- Mittel für Kinderspielplätze, Zuschüsse für Kindergärten freier Träger, Einrichtung von Bezirksjugendräten, Verzicht auf die Rückzahlung der von den Kindergartenträgern gebildeten Rücklagen Drs.-Nr. 6055/00
- Konzeption für das Projekt „Mobile Spielplatzbetreuung“ Drs.-Nr. 6056/00

Herr Gerlach sieht sich nicht in der Lage, den Haushaltsplan-Entwurf in der heutigen Sitzung im Detail zu behandeln, da die Beratungen in seiner Fraktion noch nicht abgeschlossen sind.

Frau Bill stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden für eine Sondersitzung zu. Sie geht aber davon aus, dass die Beratungen über den Haushaltsplan-Entwurf an die erste Stelle der Tagesordnung gesetzt werden.

In einer späteren Sitzungspause verständigen sich alle Beteiligten auf den 13. Juni, 17.00 Uhr, Rathaus Barmen, als Termin für die Sondersitzung.

Es besteht Einvernehmen, den irrtümlich nicht in die Tagesordnung mit aufgenommenen Punkt „Anliegen der Bezirksjugendräte“ als neuen Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln.

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat ihren Antrag auf eine Erweiterung des Jugendhilfeausschusses um ein weiteres beratendes Mitglied (TOP 7) bereits vor der Sitzung schriftlich zurückgezogen.

Vor der Sitzung sind noch folgende Anträge bzw. Anfragen ausgelegt worden:

- Antrag der SPD-Fraktion zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes für die Planung und den Bau von 300 Kindergartenplätzen und die Schaffung von 300 Hortplätzen Drs.-Nr. 6052/00
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung des Landesprogramms „Schülertreffs in Tageseinrichtungen“ in Wuppertal Drs.-Nr. 6053/00

Es besteht Einvernehmen, den Antrag der SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Antrag der F.D.P.-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 1 und die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Tagesordnungspunkt 12 (Berichte) zu behandeln.

Soweit den Bezirksjugendräten **Jessica Naumann** und **Peter Kortas** das Wort erteilt wird, gilt die Sitzung als unterbrochen.

1. + 1 a)

1. Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes für die Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz **Drs.-Nr. 6034/00**

a) Antrag der SPD-Fraktion zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes für die Planung und den Bau von 300 Kindergartenplätzen und die Schaffung von 300 Hortplätzen **Drs.-Nr. 6052/00**

Frau Panetta-Jung begründet den Antrag ihrer Fraktion. Man müsse zu stadtteilbezogenen Lösungen kommen.

Frau Güster verweist auf den in etwa gleichlautenden Antrag ihrer Fraktion. Sie bekräftigt die Notwendigkeit, in den nächsten drei Jahren 300 Hortplätze zu schaffen. Ihre Fraktion unterbreite auch einen Deckungsvorschlag. Die freien Träger seien nun gefordert, sich im Rahmen des erkannten Bedarfs an der Lösung des Problems zu beteiligen. In der geplanten Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses müsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch einmal konkret über dieses Thema gesprochen werden.

Herr Gerlach unterstreicht den Willen seiner Fraktion, sich für die kurzfristige Umsetzung eines Handlungskonzeptes einzusetzen.

Der **Vorsitzende** betont, dass der Neubau der Einrichtung Schenkstraße als Ersatz für den Altbau mit 15 zusätzlichen Plätzen für ihn hohe Priorität hat.

Frau Weidenbruch teilt mit, dass am 22. Mai ein vom Elternrat der Einrichtung vorgeschlagener Ortstermin stattfindet, an dem auch die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses teilnehmen können.

Auf eine Abstimmung über die beiden Anträge wird in der heutigen Sitzung verzichtet.

2.

Rücklagen der freien Träger von Tageseinrichtungen für Kinder

Der **Vorsitzende** bittet Herrn Beig. Wilts, vor einer Beratung des Antrags der F.D.P.-Fraktion den Standpunkt der Verwaltung zu erläutern.

2.1 Rückzahlung von Rücklagen nach der Betriebskostenverordnung **Drs.-Nr. 6035/00**

2.2 Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Rückzahlung der Rücklagen **Drs.-Nr. 6044/00**

Herr Wilts sieht die in der Betriebskostenverordnung (BKVO) getroffenen Neuregelungen zur Bemessung der Sachkostenpauschalen als eindeutig an. Die Verwaltung verfüge über keinen Ermessensspielraum. Der Standardkommentar Moskal/Foerster zum Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) bestätige die Rechtsauffassung der Verwaltung. Die Empfehlung der Steuerungsgruppe beim Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit führe zu einer Ungleichbehandlung der Träger. Es gehe hier nicht nur um den Verzicht auf Einnahmen in Höhe von ca. 1,4 Mio. DM von Trägern mit angemieteten Räumlichkeiten, sondern auch um die Folgewirkungen in Höhe von etwa 3,5 Mio. DM für die Träger, die selbst Eigentümer ihrer Einrichtungen sind. Die Stadt könne auf Beträge in dieser Größenordnung nicht verzichten, zumal sich die finanzielle Si-

tuation für die Träger in Wuppertal im Vergleich zu anderen Städten durch die Sonderzuschüsse besser darstelle.

Nach Auffassung des **Vorsitzenden** hat sich in der Sache seit Dezember letzten Jahres wenig bewegt. Erst durch die Eltern der Kinder in den betroffenen Einrichtungen sei ein gewisser Druck entstanden. Die Fraktionen hätten sich ja bereits in der Öffentlichkeit festgelegt. Man müsse jetzt sehen, gemeinsam einen gangbaren Weg zu finden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00 zur Drs.-Nr. 6035/00

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

Frau Bill verweist auf den Antrag ihrer Fraktion in dieser Angelegenheit zu TOP 5 (Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2000/2001). Insbesondere die Elterninitiativen benötigten Rechtssicherheit.

Frau **Panetta-Jung** erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Sie unterstreicht die Empfehlung der Steuerungsgruppe beim Ministerium, auf die Rückzahlung zu verzichten. Es komme jetzt darauf an, einen mit freien Trägern abgestimmten Kriterienkatalog über die Verwendung der Rücklagen zu entwickeln.

Herr Gerlach hält es für wichtig, dass die Rücklagen auch tatsächlich für die vom Jugendhilfeausschuss anerkannten Zwecke verwendet werden. Über einen entsprechenden Kriterienkatalog müsse man noch im Detail mit der Verwaltung sprechen. Heute könne nur eine für die freien Träger verlässliche Tendenz aufgezeigt werden.

Frau Güster spricht sich ebenfalls dafür aus, den betroffenen Trägern die Rücklagen zu belassen. Für den Einnahmeausfall brauche man aber einen Deckungsvorschlag. Was in anderen Städten möglich sei, sollte auch für Wuppertal gelten.

Herr Blind verweist in diesem Zusammenhang auf die im vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf nicht mehr veranschlagten Mittel für die Schaffung neuer Kindergartenplätze. Ein Verzicht auf die Rückzahlung der Rücklagen dürfte nicht zu einer Blockierung der weiteren Entwicklung in diesem Bereich führen.

Frau Bill erwartet, dass der Jugendhilfeausschuss in der heutigen Sitzung nicht nur eine Tendenz erkennen lässt, sondern ein Signal setzt.

Herr Gerlach möchte in der heutigen Sitzung noch keinen Beschluss fassen. Er stimmt der Auffassung von Herrn Blind zu, Rücklagen und neue Kindergartenplätze als Gesamtpaket zu sehen. Es sei wichtig, eine Lösung zu finden, die für die nächsten Jahren Bestand habe.

Nach Meinung von **Herrn Bahr** weist die BKVO handwerkliche Mängel auf. Insofern könne man nicht von einer klaren Rechtslage sprechen. Es dürfe aber deswegen kein Kindergartenplatz verloren gehen. Der erwähnte Kriterienkatalog biete die Möglichkeit, zu einer Kompromisslösung zu kommen. Es sei enttäuschend, dass die im Vorfeld geführten Gespräche noch zu keiner Einigung geführt haben. In der vorgesehenen Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses müsse es aber zu einer eindeutigen Klärung kommen.

Der **Vorsitzende** nennt vier Punkte als Ergebnis der mit den freien Trägern geführten Verhandlungen für ein Spitzengespräch mit dem Stadtkämmerer.

1. Die nach altem Recht gebildeten Rücklagen verbleiben in der Höhe des Sechsfachen des Erhaltungsaufwandes bei den Trägern (Mietern und Eigentümern).

2. Eigentümer von Einrichtungen finanzieren den Erhaltungsaufwand zukünftig aus den Rücklagen bzw. der Sachkostenpauschale nach geltendem Recht und auf der Grundlage eines „Kriterienkataloges“.
3. Mieter von Einrichtungen finanzieren den Erhaltungsaufwand bis 1.1.2001 aus den nach altem Recht gebildeten Rücklagen und melden dies auf der Grundlage eines „Kriterienkataloges“ bei der Stadt an.
4. Ab 1.1.2001 finanzieren Mieter den Erhaltungsaufwand auf der Grundlage des „Kriterienkataloges“ nach Beantragung bei der Stadt, da ihnen nach geltendem Recht jede Rücklage fehlt und die Sachkostenpauschale den Erhaltungsaufwand nicht deckt (bei Betriebsgefährdung).

Der Vorsitzende betont, dass es sich um Maximalforderungen handelt, deren Durchsetzung sehr schwierig sein wird.

Herr Gerlach bekräftigt die Absicht seiner Fraktion, den Trägern mit angemieteten Räumlichkeiten auch nach 2001 noch die Möglichkeit einzuräumen, weiterhin zu investieren. Er bedankt sich für die Post, die ihm in diesem Zusammenhang zahlreiche Kinder geschickt haben.

Frau Panetta-Jung und **Frau Bill** verzichten auf eine Abstimmung über den Antrag ihrer Fraktionen.

Es besteht Einvernehmen, das Spitzengespräch mit dem Stadtkämmerer auf der Grundlage der vorgenannten Eckpunkte zu führen.

Der **Vorsitzende** sagt zu, den Tagesordnungspunkt „Rücklagen“ in der Sondersitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen, damit über das Verhandlungsergebnis beraten werden kann.

Pause von 16.47 – 17.06 Uhr

3.

Förderung von Spielgruppen freier Träger der öffentlichen Jugendhilfe für das Kindergartenjahr 2000/2001 **Drs.-Nr. 6037/00**

Keine Wortmeldung!

Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Für die Zeit vom 01.08.00 bis 30.06.01 werden bis zu sechs Spielgruppen freier Träger mit einem Zuschuss von monatlich 125,00 DM für jeden tatsächlich belegten Platz finanziell gefördert, soweit keine freien Kindergartenplätze in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen. Die Förderung steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung 2000/2001 durch die Bezirksregierung.

Für die Förderung gelten die in der Anlage beigefügten rechtlichen Rahmenbedingungen.

Einstimmigkeit

4.

Betriebskostenzuschüsse 2000 an freie Träger der offenen Jugendrichtungen **Drs.-Nr. 6042/00**

Frau Richling nimmt zu der Anlage der Drucksache Stellung. Sie weist auf den von der Stadt Wuppertal in Höhe von rd. 88.000 DM ausgewiesenen Ausgleich für die gekürzten Landesmittel und den von den freien Trägern zu erbringenden hohen Eigenanteil hin.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Die im Haushaltsplan 2000 vorgesehenen Mittel der Haushaltsstelle 4600-717.0000.5 sollen an die freien Träger der offenen Jugendeinrichtungen als zweckgebundene Betriebskostenzuschüsse gezahlt werden.

Die Höhe der städtischen Zuschüsse und der Eigenanteil der Träger werden vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsplanes 2000 entsprechend der als Anlage beigefügten Aufstellung festgesetzt.

Die Zuschüsse sind, sobald der Verwendungszweck entfallen sollte, jeweils anteilig zurückzuzahlen. Die Vorlage eines ordnungsgemäßen Verwendungsnachweises für das Jahr 1999 ist Voraussetzung für die Bewilligung und Auszahlung.

Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2000 werden Vorschüsse als Vorauszahlungen auf die zu erwartenden endgültigen Zuschüsse ausgezahlt.

Einstimmigkeit

5.

Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat **Peter Kortas** sieht es als sehr wichtig an, rechtzeitig vor der im November vorgesehenen Neuwahl der Bezirksjugendräte eine Wahlordnung zu verabschieden. Außerdem bittet er, beiden Bezirksjugendräten neben der Einladung mit der Tagesordnung auch die Drucksachen zuzuschicken.

Der **Vorsitzende** hält es für erforderlich, über eine Wahlordnung sorgfältig und ohne Zeitdruck zu beraten. Wegen der erst verspätet fertiggestellten Vorlage und der umfangreichen Tagesordnung sei dies in der heutigen Sitzung nicht möglich. Die Verwaltung habe die Drucksachen für die heutige Sitzung den beiden Bezirksjugendräten Jessica Naumann und Gerrit Petrowski zugestellt.

6.

Hilfen zur Erziehung in Wuppertal

Drs.-Nr. 6024/00

Herr Lenz erläutert und ergänzt die Vorlage. Die aktuelle Entwicklung zeige auf, dass der Bedarf an Erziehungshilfen aufgrund der schwieriger werdenden Verhältnisse in vielen Familien immer weiter wachse. Die Zahl der Maßnahmen sei vom 01.12.93 bis zum 30.04.00 von 1.125 auf 1.826 gestiegen. Die Ausgaben beliefen sich im vergangenen Jahr auf 63,25 Mio. DM. Im Haushaltsplan-Entwurf 2000/2001 habe man für beide Haushaltsjahre bereits zusätzliche Ausgaben in Höhe von jeweils 2 Mio. einkalkuliert. Nach dem gegenwärtigen Stand müsse aber bis Ende des Jahres eine Ausgabensteigerung auf 73 Mio. DM befürchtet werden. Wesentliche Ursache für diesen enormen Zuwachs seien die gesetzlich vorgeschriebenen Entgeltvereinbarungen mit in dieser Höhe nicht erwarteten Kostensteigerungen von 10 bis 30 %. Die Pflegesätze habe eine auf Landesebene angesiedelte Entgeltkommission, der auch der Wuppertaler Stadtkämmerer angehöre, gebilligt.

Der sich abzeichnenden finanziellen Entwicklung lasse sich nur mit einem Haushaltssicherungskonzept begegnen. Alle Hilfen müssten noch deutlicher als in der Vergangenheit überprüft werden, was auch eine enorme Belastung für die freien Träger darstelle. Die Zahl der Heimunterbringungen solle von 520 auf 500 gesenkt werden. Es sei auch vorgesehen, bis Ende des Jahres ein neues Organisationsmodell für die Jugendhilfe zu entwickeln.

Frau Krentz antwortet auf eine Frage von **Herrn Gerlach**. Die Fachkräfte der Steuerungsgruppe würden gemeinsam mit dem zuständigen Bezirkssozialdienst über die geeignete Hilfe entscheiden.

In der Steuerungsgruppe arbeiteten fünf Fachkräfte, die über umfassende Kenntnisse der verschiedenen Hilfeangebote im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich verfügten. In der Regel führe die Steuerungsgruppe an zwei Tagen in der Woche Fachgespräche mit allen Beteiligten über geeignete Hilfeangebote.

Frau Bill richtet eine Frage an **Frau Krentz** zur Qualitätskontrolle. Das vorgeschriebene Hilfeplanverfahren werde spätestens nach 6 Monaten im Rahmen einer Zielkontrolle überprüft, in Krisensituationen auch früher. Zurzeit sei man dabei, ein wesentlich differenzierteres Hilfeplanverfahren zu entwickeln, um die Qualitätskontrolle weiter zu verbessern.

Herr Bahr zeigt Verständnis für die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes. Die freien Träger wollten nicht erst tätig werden, wenn es um die Behandlung bestimmter Problemfälle gehe, sondern bereits im Vorfeld an der aktiven Gestaltung des Sozialraumes mitwirken.

Herr Arens befürchtet, dass eigentlich als notwendig erachtete Hilfen aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden, wenn die Haushaltsmittel zum Jahresende hin erschöpft sind.

Herr Lenz weist auf das zwischenzeitlich verfeinerte Controllingssystem hin. Die finanzielle Entwicklung könne jetzt frühzeitig erkannt werden. Notwendige Hilfen würden aber unabhängig von der Kassenlage gewährt.

Frau Güster bittet um eine Aufstellung der Kosten für die einzelnen Hilfearten. Im Hinblick auf die zurückgehenden Kinderzahlen sei es eigentlich erstaunlich, dass die Zahl der Maßnahmen zunehme.

Herr Lenz sieht als Ursache für die negative Entwicklung die verschlechterten Rahmenbedingungen an (beispielsweise Arbeitslosigkeit), in denen Familien und Jugendliche leben. In anderen deutschen Großstädten stelle sich die Situation ähnlich dar.

Wichtig sei jetzt eine inhaltliche Perspektiventwicklung mit dem Ziel, möglichst viele Mittel vom Interventions- in den Prophylaxebereich zu überführen. Dies gehe aber nur in Zusammenarbeit mit den örtlichen freien Trägern.

Frau Güster unterstützt die Zielsetzung der Verwaltung.

Der **Vorsitzende** unterstreicht, dass diese Frage auch eine wichtige Rolle in den bisherigen fraktionsinternen Beratungen gespielt hat.

Als Anlage 1 ist eine Aufstellung mit der Entwicklung der Fallzahlen und Ausgaben beigefügt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Einstimmigkeit

7. (ursprünglich TOP 8)

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

7.1. Verein Villakkordeon e.V.

Drs.-Nr. 6045/00

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Der Verein Villakkordeon e.V. wird als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KJHG anerkannt.

Einstimmigkeit

7.2. Wuppertaler Verein zur Förderung des Arbeitskreises Nordstadt e.V. Drs.-Nr. 6046/00

Herrn Gerlach reichen die in der Vorlage gegebenen Informationen für eine Beschlussfassung nicht aus.

Herr Mast-Weisz bedauert, dass die sonst üblichen Informationen der Vorlage nicht beigelegt sind. Er erklärt sich bereit, diese Unterlagen bis zur nächsten Sitzung nachzureichen.

Es besteht Einvernehmen, die Beratung und Beschlussfassung auf die Sondersitzung am 13. Juni zu vertagen.

8. (ursprünglich TOP 9)

**Tageseinrichtungen für Kinder: Abstimmung des Angebotes nach § 78 Drs.-Nr. 6563/99
Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) durch die Arge 1 - Kinderbetreuung**

Keine Wortmeldung!

Der Jugendhilfeausschuss folgt der Empfehlung seines Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über die Ergebnisse der bezirklichen Unterarbeitsgruppen der AG 1 (Kinderbetreuung) nach § 78 KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) zur Kenntnis. Die AG 1 wird gebeten, die Ergebnisse der Unterarbeitsgruppen weiter zu bearbeiten.

Einstimmigkeit

9. (ursprünglich TOP 10)

**Situation ausländischer Kinder und Jugendliche in Hilfen zur Erziehung: Drs.-Nr. 6561/99
Befragung von Fachkräften**

Keine Wortmeldung!

Der Jugendhilfeausschuss folgt der Empfehlung seines Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Die vorliegende Befragung wird zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse sind mit freien Trägern in einer Trägerbeteiligung zu beraten. Im Managementteam Kinder- und Jugendhilfe des Ressorts 201 (Leitung Frau Krentz) sind Handlungsansätze zur Verbesserung des Angebotes im Rahmen der Hilfen zur Erziehung für ausländische Kinder, Jugendliche und ihrer Familien zu erarbeiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2000 konkrete Ansätze zur Verbesserung der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung durch ausländische Mädchen, Jungen und ihren Eltern unter Beteiligung der freien Träger zu erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss darüber zu berichten.

Einstimmigkeit

10. (ursprünglich TOP 11)

Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Verabschiedung einer Resolution „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ Drs.-Nr. 6048/00

Frau Panetta-Jung ruft dazu auf, den Antrag ihrer Fraktion zu unterstützen.

Herr Mucke schließt sich für seine Fraktion dem Aufruf zur Verabschiedung einer Resolution voll und ganz an. Er appelliert an alle, die Bevölkerung auch durch Leserbriefe an die örtliche Presse für das Thema zu sensibilisieren. Es sei schon tragisch, wenn sich eine einzelne Person gegen die Interessen vieler Kinder durchsetzen könne.

Bezirksjugendrat **Peter Kortas** spricht sich auch für die Verabschiedung der Resolution aus. Es sei nicht einzusehen, dass Kindern und Jugendlichen Spielmöglichkeiten genommen würden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Die Verwaltung wird beauftragt, an die Gesetzgeber in Land und Bund zu appellieren, die entsprechenden Lärmschutzregelungen so zu ändern, dass in Zukunft Kinderlärm nicht mehr als „Belästigung“ eingestuft werden muss.

Einstimmigkeit

11. (ursprünglich TOP 12)

Wahl eines/einer Vorsitzenden und eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Frau Dudda-Dillbohner schlägt Frau Güster zur Wahl als Vorsitzende des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vor, Frau **Panetta-Jung** plädiert für Herrn Gerlach.

Es wird geheim abgestimmt. Stimmberechtigt sind die 15 stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Es besteht Einvernehmen, die unterlegene Kandidatin bzw. den unterlegenen Kandidaten mit dem stellvertretenden Vorsitz zu betrauen.

Die Stimmzettel werden unter der Aufsicht des **Vorsitzenden** vom Bezirksjugendrat Peter Kortas und dem Schriftführer, Herrn Korte, ausgezählt.

Auf Herrn Gerlach entfallen acht, auf Frau Güster sieben Stimmen. Damit ist **Herr Gerlach** zum Vorsitzenden und **Frau Güster** zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung gewählt.

12. (ursprünglich TOP 13)

Berichte

12.1 Einrichtung von Spielpunkten in den Innenstadtbereichen von Elberfeld und Barmen

Herr Krieg teilt mit, dass die Bezirksvertretung Elberfeld in ihrer Sitzung am 22. März dem Vorschlag der Verwaltung für die Einrichtung eines Spielpunktes auf dem Karlsplatz nicht zugestimmt hat. Die Bezirksvertretung habe die Verwaltung beauftragt, weitere Standorte zu benennen. Am 17. Mai finde ein Gespräch zwischen Vertretern der Bezirksvertretung und des Ressorts Stadtentwicklung und Stadtplanung statt. Die Standortsuche gestalte sich als sehr schwierig, da beispielsweise auch Belange der Feuerwehr und des Andienungsverkehrs berücksichtigt werden müssten.

Der **Vorsitzende** hat den Eindruck, dass die Vorstellungen der Bezirksvertretung und des Planungsressorts erheblich voneinander abweichen. Er bietet seine Hilfe als Moderator für ein gemeinsames Gespräch an, um zu einer Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte zu kommen.

12.2 Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur Arbeit und Finanzierung des Jugendrings

Drs.-Nr. 6049/00

Herr Mast-Weisz beantwortet die Fragen der F.D.P.-Fraktion. Nach dem bis zum 31.12.01 befristeten Vertrag vom 27.02.97 habe der Jugendring die Förderung der freien Träger der Jugendverbandsarbeit im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel übernommen. Im Einzelnen handele es sich um die Gewährung der Organisationskosten-, Aktivitäten- und Fahrtenzuschüsse mit einem Volumen von rd. 500.000 DM. Nähere Einzelheiten sind aus der als Anlage 2 beigefügten Aufstellung ersichtlich.

Der Jugendring verwalte die städtischen Mittel verantwortungsbewusst. Die Verwaltung sei deshalb an einer Verlängerung des Vertrages interessiert.

12.3 Kennzahlen der Sozialhilfe

Drs.-Nr. 6040/00

- Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt, I. Quartal 2000 -
- Kennzahlen der Heranziehung, Jahresbericht 1999 u. I. Quartal 2000 -

Keine Wortmeldung!

Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Der vorgelegte Bericht der Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie der Jahresbericht der Kennzahlen der Heranziehung und der I. Quartalsbericht werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

12.4 Jahresbericht 1999 des Geschäftsbereiches Soziales & Kultur

Drs.-Nr. 6414/00

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Der Jahresbericht 1999 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

12.5 Jahresbericht 1999 Hilfe zur Arbeit

Drs.-Nr. 6415/00

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Der anliegende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

12.6 Projekt „FAST“ (Families and Schools Together)

Drs.-Nr. 6039/00

Frau Ortkras stellt das in den USA entwickelte Präventivprogramm für ein niedrigschwelliges Elternbildungsangebot näher vor und beantwortet Fragen des **Vorsitzenden**, von **Frau Bill** und **Frau Richling**. Das Projekt werde vom Land finanziell gefördert. Die Stadt stelle das Personal (Mitarbeiter/innen der Familienbildungsstätte) und die Räumlichkeiten. Viele Schulen hätten Interesse an dem Projekt bekundet. Die Grundschule Opphofer Str. sei im Hinblick auf den eng gesteckten Zeitrahmen ausgewählt worden, weil sie am schnellsten reagieren konnte. Zu einem späteren Zeitpunkt könnten in das Projekt aber auch andere Schulen einbezogen werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.05.00

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

12.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung des Landesprogramms „Schülertreffs in Tageseinrichtungen“ **Drs.-Nr. 6053/00**

Frau Weidenbruch berichtet, dass aus organisatorischen und finanziellen Gründen bisher kein freier Träger beabsichtigt, an dem Landesprogramm teilzunehmen. Die Träger sollten mit einer Fachkraft eine Gruppe mit 20 Kindern von 13 - 16 Uhr bzw. in den Schulferien ganztägig betreuen. Bei mit 35.000 bis 40.000 DM anzusetzenden Kosten erhielten die Träger auch nur eine Pauschalzuschuss von 20.000 DM jährlich.

Frau Dudda-Dillbohner ergänzt, dass die übergeordneten Trägerverbände ihren Mitgliedern empfohlen haben, sich nicht an dem Landesprogramm zu beteiligen.

13. (ursprünglich TOP 14)

Wünsche und Anregungen

Einladungen

„Sichtveranstaltung“ gegen sexuelle Gewalt am 8. Juni, 20.00 Uhr, im Gemeindesaal der Stephanuskirche, Kyffhäuserstr. 92 (R. 201)

25. - 28.05.: Ökumenische Zeltstadt auf dem Laurentiusplatz (Jugendring)

10. - 14.07.: Möglichkeit zur Besichtigung der Stadtranderholungs-Lager (SB 208)

Verabschiedung von Herrn Wilts

Herr Wilts scheidet aus Altersgründen in Kürze als Beigeordneter und Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit aus dem Dienst der Stadt Wuppertal aus.

Der **Vorsitzende** dankt ihm für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Herr Wilts wird von den Ausschussmitgliedern mit langanhaltenden Ovationen verabschiedet.

II. Nichtöffentlicher Teil

1.

Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffinnen und -schöffen für die Amtszeit 2001 bis 2004 **Drs.-Nr. 6038/00**

Nach Mitteilung der Verwaltung gehen weiterhin Bewerbungen ein. Es besteht deshalb Einvernehmen, über die vom Jugendhilfeausschuss aufzustellenden Listen für die Wahl der Jugendschöffinnen und -schöffen erst in der Sondersitzung am 13. Juni zu beraten.

Kühme
Vorsitzender

Güster
stellvertretende Vorsitzende

Lenz
Ressortleiter

Korte
Schriftführer